

- 1 **St-07**  
2 **Antragsteller: ASJ NRW**  
3  
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
5  
6 **Für eine lebendige Zivilgesellschaft in einer lebendigen**  
7 **Demokratie – antipluralistisches Gemeinnützigkeits-**  
8 **verständnis überwinden**  
9  
10 1. Die SPD-Bundestagsfraktion und die Vertreter der  
11 SPD in der Bundesregierung werden aufgefordert,  
12 sich dafür einzusetzen, dass in der Abgabenord-  
13 nung (AO) eine Klarstellung dahingehend erfolgt,  
14 dass die Einflussnahme auf politische Willensbil-  
15 dung und Gestaltung der öffentlichen Meinung der  
16 Annahme eines gemeinnützigen Zwecks nicht ent-  
17 gegensteht. Die Förderung der Erziehung, Volks-  
18 und Berufsbildung einschließlich der Studentenhil-  
19 fe sowie die Förderung des demokratischen Staats-  
20 wesens und der demokratischen Willensbildung in  
21 der Gesellschaft verpflichten nicht auf eine gesell-  
22 schaftspolitische Neutralität.  
23 2. Der Landesverband bringt diesen Antrag als Antrag  
24 der NRWSPD auf dem nächsten Bundesparteitag  
25 ein.

26  
27  
28 **Begründung**  
29 Diese Klarstellung würde die Entscheidung des Bun-  
30 desfinanzhofs (BFH) im Attac-Urteil (Urteil vom 10.  
31 Januar 2019 – V R 60/17) korrigieren. Der Bundesfi-  
32 nanzhof unterscheidet darin zwischen Organisationen,  
33 die gemeinnützige Sachzwecke wie Umweltschutz  
34 verfolgen und solchen, die übergeordnete Zwecke wie  
35 „Volksbildung“ oder das „demokratische Gemeinwe-  
36 sen“ fördern. Die erstgenannten dürfen in begrenztem  
37 Rahmen auch politisch Einfluss nehmen, die letzteren  
38 müssen politisch neutral sein.  
39  
40 Hieraus folgte die Aberkennung der Gemeinnützigkeit  
41 des Attac Trägervereins e.V.  
42  
43 Diese Sichtweise folgt einem überkommenen und im  
44 Kern demokratiewidrigen und antipluralistischen Ver-  
45 ständnis von Gemeinnützigkeit. Richtigerweise haben  
46 Parteien kein Monopol bei der politischen Willensbil-  
47 dung, sondern sie und der demokratische Diskurs sind  
48 angewiesen auf Impulse aus der Zivilgesellschaft. Mei-  
49 nungsstarke zivilgesellschaftliche Organisationen, die  
50 nicht der gleichen Logik des politischen Agierens wie  
51 Parteien unterliegen, dienen in einer funktionierenden  
52 Demokratie als Frühwarnsystem für Fehlentwicklun-  
53 gen. Die Forderung nach Neutralität ist apolitisch und  
54 verkennt, dass Auffassungen, Positionen und Darstel-  
55 lungen immer abhängig von Wertungen sind und es  
56 Neutralität in ihrer Reinform gar nicht geben kann. Der  
57 Wert für die Demokratie von meinungsstarken zivilge-  
58 sellschaftlichen Organisationen ergibt sich nicht aus de-  
59 ren Neutralität, sondern daraus, dass sie neue Argu-

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

60 mente und Perspektiven in den demokratischen Diskurs  
61 einspeisen. Solche zivilgesellschaftlichen Impulse kön-  
62 nen auch ein Gegengewicht darstellen zu den tatsäch-  
63 lichen und vermeintlichen Systemzwängen des kapita-  
64 listischen Systems.

65  
66 Der skizzierte Beitrag zur Vitalität der Demokratie recht-  
67 fertigt eine steuerliche Begünstigung, weil damit ein  
68 Zweck erfüllt wird, der seinem Gewicht nach den ande-  
69 ren anerkannten gemeinnützigen Zwecken (Brauchtum  
70 etc.) ebenbürtig ist. Gerade Organisationen, die Sicht-  
71 weisen vertreten, die sich auch gegen die Interessen  
72 potenter Kapitalfraktionen richten, sind in besonderem  
73 Maße auf eine steuerliche Begünstigung angewiesen.  
74 Im Klartext: Arbeitgebernahe Lobbying wird es immer  
75 geben, aber kapitalismuskritische Organisationen nicht  
76 unbedingt.

77  
78 Selbstverständlich soll es wie bisher dabei bleiben,  
79 dass eine Gemeinnützigkeit nicht gegeben ist, wenn  
80 der Kreis der Personen, dem die Förderung zu Gute  
81 kommt, fest abgeschlossen ist, zum Beispiel Zugehörig-  
82 keit zu einer Familie oder zur Belegschaft eines Unter-  
83 nehmens, oder infolge seiner Abgrenzung, insbesonde-  
84 re nach räumlichen oder beruflichen Merkmalen, dau-  
85 ernd nur klein sein kann (§ 52 Ab. 1 Satz 2 Abgabenord-  
86 nung).

87  
88 Die Forderung nach Neutralität ist überdies verfehlt,  
89 weil sie eine einschüchternde Wirkung auf zivilgesell-  
90 schaftliche Organisationen haben wird. Da Neutralität  
91 immer im Auge des Betrachters liegt (s.o.), würde eine  
92 Vielzahl von Organisationen Gefahr laufen, wegen Neu-  
93 tralität den Status der Gemeinnützigkeit zu verlieren  
94 und sich möglicherweise aus diesem Grund nur zurück-  
95 haltend äußern. Illustrieren lässt sich diese Gefahr an  
96 der Forderung der CDU, die Gemeinnützigkeit der Deut-  
97 schen Umwelthilfe zu überprüfen.

98  
99 Die SPD sollte sich an die Seite der zivilgesellschaftli-  
100 chen Organisationen stellen und für Rechts- und Pla-  
101 nungssicherheit sorgen. Demokratie lebt vom Diskurs  
102 und von einem lebendigen Meinungskampf.